H-Net Reviews
in the Humanities & Social Sciences

Margrit Seckelmann, Johannes Platz. *Remigration und Demokratie in der Bundesrepublik nach 1945: Ordnungsvorstellungen zu Staat und Verwaltung im transatlantischen Transfer.* Bielefeld: Transcript – Verlag für Kommunikation, Kultur und soziale Praxis, 2017. 298 S. digital, ISBN 978-3-8394-3969-2.

Reviewed by Frank Schale

Published on H-Soz-u-Kult (February, 2018)

Die zögerlich etablierte deutschsprachige Exilforschung Im Überblick: Claus-Dieter Kroh / Exilforschung, Version: 1.0, in: Docupedia-Zeitgeschichte, 20.12.2012, http://docupedia.de/zg/krohn_exilforschung_v1_de_2012 (08.02.2018). erreichte Mitte der 1990er-Jahre einen Höhepunkt. Zwar war das Themenfeld längst nicht ausgeforscht, aber ein wichtiges Ziel erreicht: Die Forscher konnten dem „anderen Deutschland“ jenseits von nationalsozialistischen Tätern und Mitläufern eine Stimme verleihen und zugleich den Einfluss der Exilanten auf die (west)deutsche Nachkriegsgesellschaft hervorheben. Entsprechend hat bei vielen Emigrationsforschern das Exil trotz aller individueller Tragödien ein Happy End: Die Emigration forcierte Lernprozesse – im vorliegenden Sammelband stellt Uta Gerhardt dies anhand der Weber-Rezeption Talcott Parsons dar –, durch die die Vertriebenen nicht nur eine beachtliche Wirkungsmacht im Aufnahmeland erreichten, sondern auch zu intellektuellen Agenten der Verwestlichung aufstiegen. In neueren Einzelstudien zeigten sich zugleich die Grenzen dieses Narrativs, und statt des Erfolges rückte die Widersprüchlichkeit von Ursachen und Wirkungen der Exilerfahrung in den Blick. Die Vertreibung trat hinter die Neupositionierung im Kalten Krieg zurück, und die Frage nach politischen Ambivalenzen wurde stärker thematisiert. Paradigmatisch: Lutz Winckler, Mythen der Exilforschung?, in: Exilforschung 13 (1995), S. 68–81.

Die Herausgeber des auf eine Tagung von 2016 zurückgehenden Sammelbandes Siehe den Tagesbericht von: Niklas Frechen / Demokratie und Remigration nach 1945. (Re-)Import demokratischer Ideen und Konzepte für die westdeutsche Politik und Verwaltung nach 1945. In: H-Soz-Kult, 16.11.2016, https://www.hsozkult.de/conferencereport/id/tagungsberichte-6814 (08.02.2018). möchten verschiedene Ansätze der (R)Emigrationsforschung zusammenbringen. Im Zentrum stehen Staats-, Rechts-, Sozial-, Politik- und Verwaltungswissenschaftler. Um nach Interaktionen von wissenschaftlichen Praktiken mit politischen Interessen und Akteuren zu suchen, bedienen sich Margrit Seckelmann und Johannes Platz des Theorems der „Diskurskoalitionen“ (Peter Wagner): Wissenschaftliches Arbeiten und politisches Handeln stehen nicht nebeneinander, sondern gehen strategische Bündnisse ein. Konkret fragen die Herausgeber nach der Zusammenarbeit von Remigranten mit demokratisch ausgerichteten politischen Akteuren auf dem „langen Weg nach Westen“.

Aber – und dies ist nicht allein ein Problem der Emigrationsforschung – was meint eigentlich die Rede von den (R)Emigranten als Brückenbauern? Betrifft sie bestimmte wissenschaftliche Leistungen, die forcierte Übernahme politisch-institu-

tioneller Lösungen oder das, was man aufgrund ihres amorphen Charakters politische Kultur nennt? Vor allem: Können kognitive Prozesse – seien es nun wissenschaftliche Veränderungen oder politische Neupositionierungen – auf lebensweltliche Erfahrungen und soziale Ursachen zurückgeführt werden? Eine verallgemeinerungsfähige Antwort fällt hier schwer. Es zeichnet sich aber ab, dass die Resonanz auf Reformideen (von Remigranten) in der unmittelbaren Nachkriegszeit geringer war als in den 1960er-Jahren.

Wer gegenüber einem solchen Narrativ skeptisch bleibt, findet nähere Belege im Beitrag von Leonie Breunung, die die Anzahl emigrierter und auch remigrierter Rechtswissenschaftler nach unten korrigiert. Ob der Ansatz richtig ist, lediglich habilitierte Rechtswissenschaftler als Teil der Wissenschaftsemigration zu bewerten, die 1933 im aktuellen Wissenschaftsbetrieb lehrten, soll hier nicht diskutiert werden. Jedenfalls wird so das Problem der diskriminatorischen Praktiken vor 1933 unterschätzt – man denke an Hermann Heller. Emigration meinte in der Regel schlicht den Ausschluss aus dem Universitätsbetrieb, was nicht nur mit der Situation im Aufnahmeland, sondern noch banaler mit dem fortgeschrittenen Lebensalter der Geflüchteten im Zusammenhang stand. Eine Rückkehr in die deutsche Wissenschaftslandschaft blieb daher unwahrscheinlich. Ein Beispiel könnte der Lebensweg Hans Kelsens sein (1881–1973). Warum hätte er, so fragt Matthias Jestaedt, der Leiter der Hans-Kelsen-Forschungsstelle in Freiburg, nach seiner Flucht aus Wien nach Köln, Genf, Prag und schließlich über Cambridge nach Berkeley aus dem kalifornischen Rosengarten in ein Land zurückkehren sollen, das ihn zwar mit Preisen überhäufte, in dem aber nahezu alle Spuren seines wissenschaftlichen Wirkens verwischt blieben? Heißt dies andererseits, dass Kelsens Ideen nicht zurückkehrten? Nein, so Jestaedt euphorisch, denn gute Ideen werden sich stets durchsetzen. Aber dann bleibt die Frage, welchen wissenschaftsgeschichtlichen Stellenwert die Emigration noch hat. Auf der Tagung hatte Christian Fleck, dessen Eröffnungsvortrag in dem Sammelband fehlt, ähnlich argumentiert: Wer in der amerikanischen Emigration erfolgreicher Wissenschaftler war, für den gab es keinen Grund, im zerbombten Nachkriegseuropa zu lehren. Vgl. Christian Fleck, Etablierung in der Fremde. Vertriebene Wissenschaftler in den USA nach 1933, Frankfurt am Main 2015.

Es bedurfte politischen Sendungsbewusstseins, um nach Deutschland zurückkehren, wie Katrin Krehan anhand ausgewählter Remigranten nach Ost- und West-Berlin erläutert. Die Ideale, dies angesichts der ideologischen Inanspruchnahme im Osten, aber auch der Sorge um eine „renazification“ (John Herz) oder den Erhalt der US-Staatsbürgerschaft im Westen auf sich zu nehmen, mussten beachtlich sein. Auch wenn Krehan die Repressalien gegenüber Westemigranten in der DDR noch deutlicher hätte hervorheben können, zeigt sie plausibel, dass an der Freien Universität Berlin eine Mitarbeit am demokratischen Aufbau möglich war, während an der Humboldt-Universität kein Gestaltungsspielraum für eigene Initiativen blieb. Die Autorin beschränkt sich allerdings auf Vertreter der jungen Berliner Politikwissenschaft. Hätte das Ergebnis in manch einer altgedienten westdeutschen Fakultät anders ausgesehen? So erinnert Frieder Günther am Beispiel der Verwaltungspolitik und der Neuordnung des öffentlichen Dienstes daran, wie gering die Veränderungsbereitschaft in der Bundesrepublik der 1950er-Jahre blieb. Der politische Idealismus einzelner spielte für die gesellschaftliche Entwicklung der Adenauer-Ära in einer solchen Perspektive eigentlich kaum eine Rolle. Das Mantra von Leistung und Stabilität verunmöglichte eine Revision grundlegender politischer Vorstellungen, um ein Jahrzehnt später umso heftiger aufzubrechen.

Folgt man diesen Überlegungen, ist es nur überzeugend, dass Remigranten in der Adenauer-Ära meist nur dann erfolgreich wurden, wenn sie ihr Urteil über Konflikte zwischen Westalliierten und Deutschen sowie ihre Skepsis gegenüber de-

mokratischen Defiziten rhetorisch abmilderten. Dies schildert Alfons Söllner anhand von Ernst Fraenkels Schriften seit den 1950er-Jahren. Wer hingegen offensiv an einer Re-Orientierung des öffentlichen Dienstes festhielt, zog sich bald frustriert zurück, konnte aber auch neue wissenschaftliche Felder entdecken – wie der Lebensweg von Arnold Brecht zeigt (1884–1977). Seinem politischen Scheitern verdanken wir mit „Political Theory“ (1959) eines der anspruchsvollsten Werke der damaligen Ideengeschichte. Doch seine politische Erfolglosigkeit war nicht nur das Ergebnis einer Abwehr der Hiergebliebenen, sondern auch der Tatsache – darin ist Corinna R. Unger zuzustimmen –, dass seine Ideen zu stark in der Welt der 1920er-Jahre verwurzelt waren. Ähnliches lässt sich über den etwas jüngeren Siegfried Landshut sagen (1897–1968). Alle Dramatik des Exils täuscht Rainer Nicolaysen nicht darüber hinweg, dass Landshuts Demokratiebegriff auf einer beachtlichen modernitätskritischen Fallhöhe angesiedelt war. Seine unzeitgemäße Kritik der politischen Wirklichkeit basierte weniger auf sozialwissenschaftlich operationalisierbaren Erkenntnissen als auf der Adaption eigener Ideen aus der Weimarer Republik. Nicolaysen konstatiert: Einfluss ja, Innovation nein.

So ungewöhnlich ist dieser Befund nicht, wiederholt ihn doch Steffen Augsberg am Beispiel des Nicht-Emigranten Hans Peters. Es ließen sich zwar Argumente für und gegen die Annahme finden, dass Peters als Mitglied des Kreisauer Kreises angesichts der nationalsozialistischen Unrechtserfahrung seine methodische Konzeption des Staatsrechts verändert habe. Letztlich vertrat er aber bereits vor 1933 eine postpositivistische rechtstheoretische Position, die er später lediglich politisch variierte. Anders Fritz Morstein Marx, den Margrit Seckelmann als Vertreter einer „postheroischen“ Verwaltungswissenschaft im Sinne Max Webers porträtiert. Er konnte auch deshalb zahlreiche Reformideen mit nach Speyer bringen, weil er erst 1962 zurückkehrte und zugleich (anders als sein geschätzter Kollege Carl Joachim Friedrich) die Studentenbewegung kaum mehr erlebte, die sein skeptisch-realistisches Politikverständnis deshalb keiner erneuten Probe unterzog. Leider führt Seckelmann die emigrationsgeschichtlich wichtige Frage nach den Gründen für Morstein Marx' Rückkehr nicht aus.

Bei vielen Emigranten findet sich eine vielschichtige, mitunter diffuse Skepsis: Selbst Hans Simons, der als amerikanischer Verbindungsoffizier zum Parlamentarischen Rat dem deutschen Grundgesetz viel Achtung entgegenbrachte und den strategischen Wert der Bundesrepublik für die Amerikaner schätzte, blieb gegenüber dem neuen Staat misstrauisch. Das betraf nicht nur die Frage der Wiederaufrüstung, sondern auch die Bereitschaft, entsprechende Reformen etwa in der Hochschulpolitik anzugehen. Dass dies der Preis für die transatlantische Partnerschaft war, mag der Stratege Simons anerkannt haben – beruhigen konnte es ihn nicht. Von solchem Misstrauen berichtet auch Johannes Platz, der die „Konflikte um Einrichtung und Ausrichtung des Psychologischen Dienstes der Bundeswehr“ dokumentiert. Er zeigt, wie der militärische und der zivile Teil der Militärverwaltung bestimmte Wissenschaftskonzeptionen – charakterologische Ansätze von NS-Psychologen oder sozialpsychologische Ansätze aus dem Umfeld der Frankfurter Schule – zur politischen Bewertung der Zuverlässigkeit von Soldaten protegierte. Dabei trat die Frage nach der autoritären Gesinnung hinter die Wahrung „soldatischer Tugenden“ zurück. Die Zurückgekehrten blieben Outsider. Übertragen auf die Leitfrage des Bandes muss der unmittelbare Einfluss der Emigranten im Nachkriegsdeutschland insofern als eher gering veranschlagt werden.

Selbst wenn der bilanzierende Beitrag von Marita Krauss nicht so skeptisch ausfällt – schließlich unterstützen ihre Beispiele Max Brauer und Wilhelm Hoegner das Bild von Remigranten als den verlässlicheren Demokraten, und auch ihre Rede von in den USA besser ausgebildeten Wissenschaftlern nährt das Bild vom Erkenntnisge-

winn durch Emigration –, muss auch sie resümieren, dass der Erfolg meist ein Glücksfall blieb. Um längerfristige Tendenzen zu erkennen, und hier ist Krauss unbedingt zuzustimmen, bedarf es einer erweiterten Forschung. Erstens müssten (R)Emigranten weniger aus der Perspektive der nationalen Geschichtsschreibung begriffen werden, sondern als transnationale Intellektuelle. Zweitens sollte, um die Folgen von Transformationsprozessen zu verstehen, weniger in die unmittelbare Nachkriegszeit als vielmehr in die 1960er- und 1970er-Jahre geschaut werden.

Wen nach der Lektüre des lesenswerten Bandes der Verdacht beschleicht, dass die direkte politische Reichweite der Ordnungsvorstellungen von (R)Emigranten überschaubar blieb, so spricht das nicht gegen sie, sondern eher gegen mitunter überzogene Erwartungen der Emigrationsforschung. Auch wenn sich viele (R)Emigranten als Agenten der Verwestlichung verstanden haben mochten: Eine Übernahme dieses Selbstbildes würde die politischen Ambivalenzen einebnen – nicht zuletzt, weil sich die Prämisse als zu voraussetzungsreich erweist, dass nur in der Emigration intellektuelle und politische Transformationsprozesse stattfinden konnten.

If there is additional discussion of this review, you may access it through the network, at http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/

Citation: Frank Schale. Review of Seckelmann, Margrit; Platz, Johannes. *Remigration und Demokratie in der Bundesrepublik nach 1945: Ordnungsvorstellungen zu Staat und Verwaltung im transatlantischen Transfer.* H-Soz-u-Kult, H-Net Reviews. February, 2018.

URL: https://www.h-net.org/reviews/showrev.php?id=51785


This work is licensed under a Creative Commons Attribution-Noncommercial-No Derivative Works 3.0 United States License.